

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVI/221

19. November 1971

Alfred Nau zum 65. Geburtstag

Bank an einen Mann, der solidarisch ist.

Von Willy Brandt

Vorsitzender der SPD und Bundeskanzler

Seite 1 und 2 / 903 Zeilen

Die Kraft der Solidarität

Aussage über den Wert, der Sozialdemokraten
verbindet

Seite 1 / 10 Zeilen

Gemeinsamheit des Geistes der Stunde

Lehren aus der deutsch-amerikanischen Konferenz

Von Dr. Katharina Focke MdB

Parlamentarische Staatssekretärin im Bundes-
kanzleramt

Seite 4 und 5 / 84 Zeilen

Arbeitsleute bei Presse, Funk und Film

Parlamentarische Verträge und Gesetze
müssen ihnen helfen

Von Joachim Raffaele MdU

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Presse der SPD-
Bundestagesfraktion

Seite 6 und 7 / 75 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5301 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 8037-58
Telex: 888 946 898 947
086248 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Alfred Nau zum 60. Geburtstag

Dank an einen Mann, der politisch lebt

Von Willy Brandt

Vorsitzender der SPD im Bundestag

Es gibt Leute, die von Solidarität mit Vorliebe nur reden, wenn sie an anderen Leiden, und in die es selbst nicht lassen. Demgegenüber hat es sich immer wieder um große Menschen zu ereignen, für die Solidarität nur Lebensinhalt gewesen ist. Alfred Nau gehört zu diesen Menschen.

Sein Leben und Wirken sind nicht als eine einzige einfache Parabel schmerzhaft worden, aber weit über die wichtigsten Stationen seines Lebensweges, seine wechselhaften Ämter und Arbeitsgebiete vor Augen führen. Denn werden wir feststellen, daß Solidarität als Motiv und als "Sublimat des Erfolgers" zu den besten Steile zu finden ist. Reiche Erfahrung und unerschütterliche Tatkraft verbinden sich mit extremer Bindung an die Sache und Fähigkeit, die zu vertretende Gemeinschaft.

Von einigen Monaten kam Alfred Nau am 19. November 1911 in Bamberg geboren wurde, auf eine andere, die seine Politik prägen sollte: "Blaue Tätigkeit" im 1. Reich. Nach dem 2. Weltkrieg war er Mitglied seiner Partei zurückzuführen. Dann gibt es weitere Hinweise, welche Parallelen in der Geschichte der Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, deutschen Parteigeschichte überhaupt.

Wie ist dieser Vorgang zu erklären? Parallelen zum Beispiel: Scharf im Fleiß, auch in der Sozialdemokratie, der Sozialdemokratie, die sich nicht erwehren konnte, sondern sich den Umständen anpassen mußte. Es ist denkbar, daß es in der Vergangenheit zu einer Zeit gab, die die Sozialdemokratie noch nicht die halbe Fülle der Verantwortung auf sich übernahm und ein eigenes politisches Handeln.

Und dies alles ist ein Teil der Sozialdemokratie, die Alfred Nau weiß und bekennt, daß er sich große Dank zu verdienen hat, wenn dies nicht dem eigenen Willen gegenüber ist. Er ruft an: Freunden und Kollegen und Mitarbeitern. Es geht um denjenigen, die die Politik dieser Partei materielle zu betreiben und zu vertreten haben. Und schließlich die Verantwortlichen dieser Partei zu sein und wissen, was dieser Mann und seine Leistungen für die gemeinsame Arbeit bedeuten. Sie können und sollen die Vertrauen in die politische Urteil des Mannes, dem die nicht immer dankbare und leichte Aufgabe des Sozialdemokraten, der Partei stets zu stehen war die äußere Ebene. Sie ist der, daß Alfred Nau sich nie darüber ärgerte, in Betracht der Öffentlichkeit zu stehen, aber unbestrittenen Stolz im Inneren. Er hat das Recht, denn es ist immer der einzelnen in der Gemeinschaft. Aber dies bedeutet nicht, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die deutsche Demokratie ihn ganz persönlich sehr viel verdienen.

Zuerst muß hier noch einmal seine Bindung für die Sicherung der strategischen Grundlagen der SPD gewürdigt werden. Viele Jahre

heute nicht möglich, wenn es diese sichere Basis für den heutigen weiten Arbeitsbereich der Partei nicht gäbe. Und fast alles mußte aus dem Nichts aufgebaut werden. Alfred Nau war es, der ein funktionierendes, mit steigenden Einkommen progressives Beitragssystem der SPD geschaffen hat. Man wußte, daß dieser Mann wußte, weshalb er ein solidarisches Element in der Beitragsregelung verankert sehen wollte und daß er mit Parteigeldern behutsam umgehen würde. Er genoß und genießt das Vertrauen, Treuhänder von Hunderttausenden zu sein. Gerade dies begründet auch seine besondere Stellung im Parteivorstand und im Präsidium.

Alfred Nau und ich haben in den letzten Jahren die Freude gehabt, ein kontinuierliches Wachstum der Partei zu erleben. Wir haben große und wichtige Wahlkämpfe miteinander geführt. Er hat den Weg in die Regierungsverantwortung und in die Führung unseres Staates mitbereitet und mitbestimmt. Auf diesem Wege hat es an Schwierigkeiten nicht gefehlt, und es hat Situationen gegeben, in denen wir beide oder einer von uns enttäuscht waren oder sogar empört oder jedenfalls besorgt über drohenden Schaden.

Alfred Nau gehört zu jenen erfolgreichen Autodidakten, die es sich leisten können, mit leichter Ironie darauf hinzuweisen, daß sie eigentlich "nur Volksschüler" seien. Sein besonderes Interesse gilt seit langem den Fragen von Bildung und Forschung. Es kann nicht verwundern, daß es Fragen der politischen Bildung, der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der praxisbezogenen sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung sind, die ihn in erster Linie beschäftigen. Schon bald nach 1945 rief er die "Friedrich-Ebert-Stiftung" wieder ins Leben. Schon vor der Währungsreform wurden die ersten Stipendien für bedürftige Studierende vergeben. Aber er wollte mehr als nur ein paar Stipendien und einige gelegentliche Seminare. Gemeinsam mit seinen Freunden betrieb er den Aufbau der Heimvolkshochschule Bergneustadt, an der seit 1956 zentrale Tagungen, Seminare und Kurse der politischen Bildung stattfinden. Dabei ist es nicht geblieben. Die "Friedrich-Ebert-Stiftung" arbeitet heute in sieben Heimvolkshochschulen, eine weitere ist im Bau.

So war es denn nur natürlich, daß Alfred Nau innerhalb des Präsidiums der SPD seit einigen Jahren auch für den Arbeitsbereich "Politische Bildung" zuständig ist. Bildungssekretäre gibt es heute dank seiner Initiative in allen Parteibezirken. Sie treffen unter seiner Leitung zu regelmäßigen Konferenzen zusammen. Unter seiner Federführung wird ein einheitliches System von Themen für alle Lehrgänge ausgearbeitet. Auf seine Anregung hin setzen sich moderne Methoden der Erwachsenenbildung unter Anwendung einheitlicher Arbeitsunterlagen immer mehr durch.

Finanzen der SPD, Vertrauensmann zwischen Partei und Gewerkschaften, führende Mitarbeit in der Internationale, Förderer der politischen Bildung, Friedrich-Ebert-Stiftung: Damit ist der weite Wirkens- und Schaffensbereich Alfred Naus noch keineswegs erschöpft. Als Schatzmeister der Arbeiterwohlfahrt hat er am Aufbau dieser bedeutenden Wohlfahrtsorganisation aktiven Anteil. Auch hier stand er wie so oft - im "zweiten Glied", aber auch hier wäre ohne ihn nicht das geschaffen worden, was heute ist.

Hier wurden in aller Kürze Erfolge, Leistungen, Verdienste aneinander gereiht. Ein Wesentliches konnte nur angedeutet werden: Ich meine die nicht nur für Außenstehende oft so schwer begreifliche Integration von Personen und Sache. Es ist nicht nur das Selbstverständnis der alten Sozialdemokratie, die immer auch "ein Stück Familie, ein Stück Heimat" war, und das ist nicht ihr schlechtestes Erbe. Es ist - über alle Tradition hinaus - einerseits die Bereitschaft zu dienen und andererseits die Fähigkeit, Freund zu sein. Beides brauchen wir, ob man es Solidarität nennt oder nicht.

(-/ex/19.11.1971/ks)

Die Kraft der Solidarität

Aussage über den Wert, der Sozialdemokraten verbindet

Dieser Außerordentliche Parteikongreß von Bonn war dem Parteivorsitzenden eine erwünschte Gelegenheit, die Partei, die so unruhig geworden ist, insgesamt wieder einmal mit dem Leitwort zu konfrontieren, das sie durch ihre ganze Geschichte begleitet hat: Solidarität. Wenn man Nicht-Sozialdemokraten auf dieses Leit- und Bindewort der Sozialdemokratie anspricht, dann sieht man sich, je nach der Qualität des Gegenübers, mit Neugierde, Erstaunen oder gar Sarkasmus konfrontiert. Diese Solidarität ist manchen Zeitgenossen nur noch als schöngesticktes Schmuckwort auf Vereins-Traditionsfahnen bekannt. Mit dem Begriff selbst können sie, die trotz allen Partnerschaftsgeredes zumeist doch isoliert in einer sich einander immer mehr entfremdenden Gesellschaft leben, kaum noch etwas anfangen. Und dann kommen da die Sozialdemokraten daher und reden von Solidarität! Und ihr Vorsitzender, notabene der Bundeskanzler, beendet seine Grundsatzrede vor dem Sonderparteitag mit einem unumwundenen, ja leidenschaftlichen Bekenntnis zu dieser Solidarität, die immer schon als prägende Kraft auf den demokratischen Sozialismus gewirkt habe!

Wir wollen gewiß nicht in den befremdlichen Geruch von Gedenktagsschreibern geraten, wenn wir uns hier so entschieden und nachdrücklich zu der Solidaritäts-Aussage Willy Brandts bekennen. Die Ausweitung der SPD zu einer Volks-, ja Massenpartei hat es ja auch mit sich gebracht, daß nicht allen neuen Mitgliedern dieses Solidaritäts-Erlebnis zuteil geworden ist, ja gar nicht immer und überall zuteil werden konnte. Die SPD versteht sich aber auch heute noch ungetrübt als eine Partei, in der die mitmenschlichen Beziehungen untereinander, das Genossen-Gefühl, einen Wert an sich darstellen, der auch heftigste Differenzen und manchmal sogar rüde Streitereien schlußendlich nicht nur heil übersteht, sondern das Zueinander-Stehen und das Miteinander-Streben am Ende immer wieder verstärkt und intensiviert. Ausnahmen bestätigen natürlich die Regel, was rasch hinzugefügt werden soll, um ein überlegenes Lächeln etwa von berufsmäßigen CDU-Spöttern gleich im Entstehen abzufangen. Was sollten sie mangels Verständnissfähigkeit auch anderes tun als lächeln?

Willy Brandt hat von der Sommer Beethovenhalle aus alle 840.000 Mitglieder dieser weitaus größten Partei der Bundesrepublik und mit ihnen alle Sympathisanten, die sich angesprochen fühlen können und wollen, auf die nicht erst für das Wahljahr 1973 bevorstehenden harten Auseinandersetzungen mit dem parteipolitischen Gegner hingewiesen. Die totale Konfrontation, die diese christlich-demokratischen und christlich-sozialen Parteien bewußt heraufbeschwören, um mit allen Mitteln nur wieder an die Macht in Bonn kommen zu können, wird von allen Sozialdemokraten Selbstbewußtsein und Standfestigkeit erfordern. Die SPD wird diesen Ansturm aber nicht nur ertragen, sondern auch erfolgreich überstehen, wenn ihre Mitglieder als Genossen Solidarität üben und empfangen.

(ee/ee/19.11.1971/bgy)

Gemeinsamkeit das Gebot der Stunde

Lehren aus der deutsch-amerikanischen Konferenz

Von Dr. Katharina Focke MdB

Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt

Die VII. Deutsch-amerikanische Konferenz, die vom 14. bis zum 16. November in Washington stattfand, stand diesmal ganz im Zeichen der akuten handels- und währungspolitischen Probleme zwischen den Vereinigten Staaten und ihren großen westlichen Handelspartnern, die insbesondere durch die amerikanischen Schutzmaßnahmen vom 15. August dieses Jahres aufgeworfen worden sind. An ihr nahmen wie immer Wissenschaftler, Wirtschaftler, Politiker und Journalisten beider Länder teil, wobei das aktive politische Element auf amerikanischer Seite leider nur sehr schwach vertreten war, denn beide Häuser des Kongresses hatten an diesen Tagen ein volles Arbeitsprogramm zu bewältigen. Hinzu kam, daß sich angesichts der internationalen Verflechtung unserer Volkswirtschaften und insbesondere ihrer Integration in Europa gerade bei der Beratung der Währungs- und Handelsprobleme deutlich die Grenzen zeigten, die solchen bilateralen Gesprächen heute notwendig gesetzt sind. So hätte man sich oft gewünscht, auch die Meinung von Vertretern der anderen Industrienationen zu hören, da die diskutierten Fragen ohnehin nur gemeinsam, auf multilateraler Basis zu lösen sind.

In der dennoch sehr engagiert geführten Diskussion um die gegenwärtige Währungskrise ergab sich - auch auf Seiten der amerikanischen Teilnehmer - ein eindeutige Tendenz, daß Eile geboten sei, den augenblicklichen Zustand zu beenden, der sowohl für die europäische als auch für die amerikanische Wirtschaft gefährlich werden kann, wenn er zu einer Eskalation gegenseitiger Protektionismen führen sollte und damit zur Zerstörung des freien Welthandels, von dem unser aller Wohlstand abhängt. Henry Reuss, demokratischer Währungsexperte des Repräsentantenhauses, zeigte das Paradoxon in der Argumentation Schatzminister Connallys auf, die auf der Konferenz durch dessen Staatssekretär Paul Volcker vorgebracht wurde: Daß nämlich zur Vermeidung von Protektionismen im Welthandel gerade protektionistische Maßnahmen der USA erforderlich sein sollten. Es bestand weitgehend Einigkeit darin, daß das Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz in erster Linie ein Problem der Kapitalfluktuationen ist, statt, wie von der amerikanischen Administration vielfach behauptet, ein Problem der Handelsbilanz und hier wiederum zu allererst des Agrarhandels. Recht einheitlich wurde die Lösung der Krise in einer allgemeinen Neufestsetzung der Paritäten einschließlich des Dollars, in der Beseitigung der amerikanischen Importabgabe und in einer gleichzeitigen Bereitschaft aller zu einer neuen handelspolitischen Runde in den Jahren 1973/74 gesehen.

An der Diskussion der außen- und sicherheitspolitischen Fragen, die das zweite Schwergewicht dieser Deutsch-amerikanischen Konferenz bildeten, war zunächst interessant, daß die Schritte der Bundesregierung zur Normalisierung und Verbesserung der Beziehungen

mit ihren östlichen Nachbarn kein kontroverses Thema mehr darstellen, soweit das ja der Fall gewesen ist. Sie werden als selbstverständlicher Beitrag zur Bündnispolitik neben anderen Faktoren den politischen und sicherheitspolitischen Zukunftsüberlegungen zugrunde gelegt.

Das Projekt einer "Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit" wird unter den Amerikanern offensichtlich mit relativer Zurückhaltung betrachtet. Vielen amerikanischen Konferenzteilnehmern schien nicht bewußt zu sein, wie weit sich die Regierung der Vereinigten Staaten in den Beschlüssen des NATO-Bündnisses bereits für die Konferenz engagiert hat. Die vergleichsweise Zurückhaltung der Amerikaner erkläre ich mir in erster Linie aus der Tatsache, daß die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil Europas als Voraussetzung einer allmählichen Überwindung der Konfrontation auf unserem Kontinent ihnen nur einmal ferner steht als den unmittelbar von der gegenwärtigen abnormen Situation betroffenen Europäern. Aus der Rede Professor Henry Kissingers, des außenpolitischen Beraters des Präsidenten, wurde deutlich, wie sehr die Bereitschaft der Amerikaner zum Engagement für die Konferenz davon abhängt, ob es den Europäern gelingt, die Notwendigkeit, Funktion und Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa praktisch nachzuweisen.

Was die Bemühungen um MBFR, eine wechselseitige und ausgewogene Truppenreduzierung in Europa, betrifft, so zeigte sich auf amerikanischer Seite die Tendenz, dies Vorhaben losgelöst von der Sicherheitskonferenz zu betreiben, was in der Motivation begründet ist, durch MBFR den inneramerikanischen Druck auf einen einseitigen Abzug amerikanischer Truppen aufzufangen. Die deutschen Teilnehmer legten Wert auf den politischen Gesamtzusammenhang einer Ost-West-Politik zur Entspannung und Friedenssicherung, innerhalb derer schrittweise nach sorgfältiger Definition der Kriterien auch Truppenreduzierungen erfolgen sollen.

Durch die wirtschafts- ebenso wie durch die sicherheitspolitische Diskussion zog sich als ein roter Faden die Einsicht und Forderung aller Beteiligten hindurch, Interdependenz, Solidarität und gegenseitige Rücksichtnahme gemäß den gewachsenen Strukturen von Bündnis und wirtschaftlicher Verflechtung zu wahren und fortzuentwickeln. Damit wurde einhellig Vorstellungen eine Absage erteilt, es käme für jeden zunächst darauf an, "das eigene Haus in Ordnung zu bringen", als ob dies ohne Rücksichtnahme auf das Haus der anderen und die gegenseitige Abhängigkeit möglich wäre. Henry Reuss drückte dies treffend aus, wenn er sagte, daß es jetzt ganz auf ein gemeinsames "House-Keeping" ankommt.
(-/ex/19.11.1971/ks)

+ + +

Arbeitnehmer bei Presse, Funk und Film

Parteitagebeschlüsse, Tarifverträge und Gesetze müssen ihnen helfen

Von Joachim Raffert MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Presse der SPD-Bundestagsfraktion

Im Vorfeld des Außerordentlichen SPD-Parteitages haben autorisierte Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion die Kontakte zu den Vertretungen der Arbeitnehmer bei Presse, Funk und Film intensiviert. Sie trafen sich zu ausführlichen Gesprächen mit Sprechern der IG Druck und Papier und der Deutschen Journalistenunion, des Deutschen Journalistenverbandes und der Rundfunk-, Film- und Fernsehunion im DGB. Die Erwartungen dieser Gruppe an den Parteitag sind groß, und sie rechnen auf klare Hinweise für Gesetzgeber wie Tarifparteien. Es geht ihnen um mehr Informations- und Meinungsfreiheit aber auch - und das bekennen sie sehr nachdrücklich - um die Verbesserung der Position der Arbeitnehmer in den Medien.

Hier ist noch viel zu tun. Die Hoffnungen auf Streichung des Tendenzbetriebsschutzparagrafen im Betriebsverfassungsgesetz konnte nicht erfüllt werden. Die neuen Vorschriften erlauben aber künftig die soziale Mitbestimmung in allen Betrieben. Sie sind so formuliert, daß zahlreiche Firmen des Druckerei- und Verlagsgewerbes nicht mehr unter die Einschränkungen des Tendenzschutzes fallen. Sie werden Anlaß geben, dort, wo nicht "unmittelbar und überwiegend" dem Tendenzschutz unterliegende Tätigkeiten geleistet werden, für den Betriebsrat volle Rechte zu fordern. Das gilt etwa für Zeitungen, die keinen eigenen politischen Teil haben, oder für Zeitschriften, die überhaupt ohne einen solchen Teil erscheinen.

In möglichst vielen Betrieben der Presse kann so also doch die in anderen Branchen selbstverständliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer erreicht werden. Die speziell für die Redaktionen zu erkämpfenden Rechte beziehen sich auf die unmittelbar für die Gestaltung des redaktionellen Teils notwendigen Kompetenzen. Das Massenmedienpapier, das dem Parteitag vorliegt, macht dazu Aussagen, die den Vorstellungen der Journalistenorganisationen für

den mit den Verlegern abzuschließenden Kompetenzabgrenzungsvertrag weitgehend entsprechen. Sie müssen sich auch im Presserechtsrahmengesetz wiederfinden, was von den Koalitionspartnern im Bund vorbereitet wird und auf dem Wege zur Kabinettsreife ist.

Die sinngemäße Anwendung der Grundsätze journalistischer Unabhängigkeit für den Rundfunk müßte der Parteitag noch deutlicher fordern. Aber auch beim Funk kommt es nicht nur auf mehr Rechte für die Redakteure an. Die allgemeine Forderung nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer muß auch in den Funkhäusern gelten. Sie kann unter anderem mit dem neuen Personalvertretungsgesetz verbessert werden, das noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden wird. Der Bund muß hier allerdings mehr bieten als nur einen Rahmen für die Ländergesetzgebung. In den von ihm getragenen Anstalten - Deutsche Welle und Deutschlandfunk - kann er Modelle schaffen, hinter denen die Länderanstalten dann nicht zurückbleiben dürften. Die vollberechtigte Mitgliedschaft von Arbeitnehmern in den Aufsichtsgremien, wie sie das Massenmedienpapier der SPD ebenso fordert wie das viele Anträge aus den Bezirken tun, wäre nur ein Teil eines solchen Modells, wenn auch ein wichtiger.

Für die vielen "ständigen freien" Mitarbeiter des Funks ist ein Auftrag des Parteitages an die Bundestagsfraktion bedeutsam, das Tarifvertragsgesetz so weiter zu entwickeln, daß sie voll einbezogen werden können. Nicht alle Anstalten werden dem Beispiel des NDR folgen, das mit einer Ausweitung der Redaktionsstellen viele, wenn auch nicht alle, bisher "freien" Kollegen abzusichern bereit ist. Mehr soziale Sicherheit für die Arbeitnehmer aller Gremien, die zu mehr Mobilität zwischen Verlagen und Anstalten, aber auch unter den Anstalten, führen soll, ist eine Aufgabe, die sich die Bundesregierung gesetzt hat und die sie auch erfüllen kann.

Beim Film schließlich bemüht sich die Gewerkschaft zurzeit um einen neuen Tarifvertrag mit dem Produzentenverband. Die "Altproduzenten" verhalten sich zögernd, und die "Neuen" haben sich merkwürdigerweise überhaupt noch nicht interessiert gezeigt. Tarifrechtliche Klarheit aber ist auch für die Mitarbeiter in diesem Medium erforderlich. Eine Förderung aus Steuermitteln oder anderen öffentlichen Quellen sollte künftig schon im Gesetz davon abhängig gemacht werden, daß Tarifverträge bestehen und beachtet werden. Dies würde auch der gewünschten und zu erwartenden Harmonisierung in der EWG nicht entgegenstehen.

Parteitagsbeschlüsse können, wenn sie dies alles bezwecken, den Arbeitnehmern in den Medien helfen. Aus ihnen müßten entsprechende Gesetze abzuleiten sein. Sozialdemokraten in den Gewerkschaften, aber auch auf Seiten der Verleger und in den Gremien der Anstalten sollten in diesen Beschlüssen ebenfalls richtunggebende Hinweise finden.

(-/ex/19.11.1971/bgy)